



Deutschland: Wettbewerbsfähigkeit stärken

Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands hat sich in den vergangenen zehn Jahren deutlich verschlechtert. Vor allem die hohe Steuerlast der Unternehmen sowie die Energiekosten sind Faktoren, die die Standortattraktivität beeinträchtigen. In Anbetracht dieser Entwicklung stellt sich die Frage: Wo bleibt die Agenda 2030?



Simon Azarbayjani
Konjunktur Deutschland
T 069/91 32-79 76

In den vergangenen Monaten gab es zunehmend Stimmen, die sich kritisch zur deutschen Wettbewerbsfähigkeit äußerten. Dass Unternehmen hierzulande unter **immer mehr Standortnachteilen** leiden, behaupten nicht nur Vertreter der Industrie, sondern auch das IMD¹ kam im Rahmen des jährlichen „World Competitiveness Ranking“ zu diesem Ergebnis.

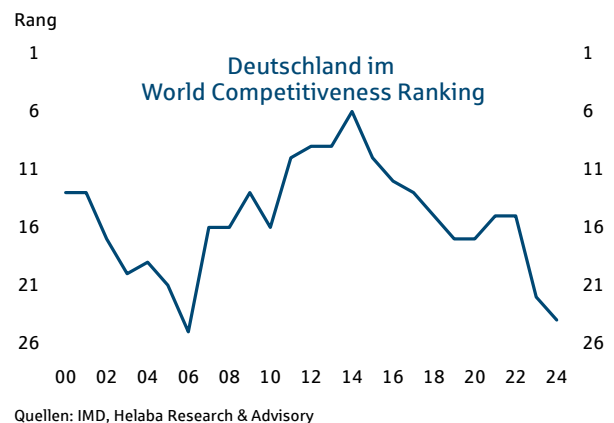
Hierbei belegt Deutschland im aktuellen Jahr den 24. Rang unter 67 bewerteten Ländern – **das schlechteste Ergebnis seit 2006**. Als sich Anfang der 2000er Jahre die Wettbewerbsfähigkeit des Landes Jahr für Jahr verschlechterte, veranlasste dies im Jahr 2003 die von Gerhard Schröder angeführte Bundesregierung dazu, im Rahmen der Agenda 2010 notwendige Reformen anzustoßen.

Die **Agenda 2010** reformierte vor allem das Sozialsystem sowie den Arbeitsmarkt und sorgte entsprechend dafür, dass das Erwerbspersonenpotenzial entfesselt wurde. Hinzu kamen auch umfassende Steuerreformen, die nicht nur für die Verbraucher die Einkommensteuersätze senkten und den Grundfreibetrag erhöhten, sondern auch die Unternehmenssteuern minderten. Zusammengefasst stellte Gerhard Schröder die Agenda 2010 mit den folgenden Worten vor²: „Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen.“

Mit etwas Verzögerung zeigten diese Reformen ihre Wirkung und in den Jahren von 2006 bis 2014 kletterte Deutschland in dem Ranking bis auf Platz 6. Doch **seitdem verschlechterte sich die deutsche Standortqualität** wieder. Dieser Negativtrend erzeugt eine zunehmende Gefahr der Unternehmensabwanderung bzw. kann abschreckend wirken auf Unternehmen, die in Deutschland investieren wollen.

Während ein hohes Bildungsniveau und qualifizierte Arbeitskräfte auch aktuell³ noch für den Standort Deutschland sprechen, gibt es **Faktoren, die den Standort für Unternehmen unattraktiv machen**. Neben den bürokratischen Hemmnissen für Unternehmen werden in der Analyse des IMD vor allem die hohen Steuern, Abgaben sowie Personal- und Energiekosten als Schwächen des Standorts aufgelistet. Darüber hinaus sind auch die hierzulande

Negativtrend bei der Wettbewerbsfähigkeit



¹ International Institute for Management Development in Lausanne, Schweiz

² Aus Gerhard Schröders Rede vorm Bundestag am 14. März 2003

³ In Zukunft dürfte auch das Bildungsniveau und demnach auch die Qualifikation der Arbeitskräfte abnehmen. Die neueste PISA-Studie zeigt, dass die Schülerinnen und Schüler 2022 so schlecht abschnitten wie nie zuvor. In allen drei Kategorien – Mathematik, Lesekompetenz und Naturwissenschaften – verschlechterte sich das Ergebnis.

nur langsam fortschreitende Digitalisierung und die abnehmenden Arbeitsstunden Gesichtspunkte, in denen Deutschland im internationalen Vergleich besonders schlecht abschneidet. Der Schwerpunkt dieser Studie wird auf der Analyse der Steuerlast für die Unternehmen sowie den Energiekosten liegen.

Steuer- und Abgabenlast der Unternehmen

In dem vom IMD erstellten Ranking belegte Deutschland in der Kategorie „Tax Policy“ Platz 62 von 67 Ländern. Aus der Sicht eines Unternehmens gibt es unter den berücksichtigten Ländern demnach nur 5 mit einem unattraktiveren Steuersystem. Unter den 20 größten Volkswirtschaften Europas besteuert

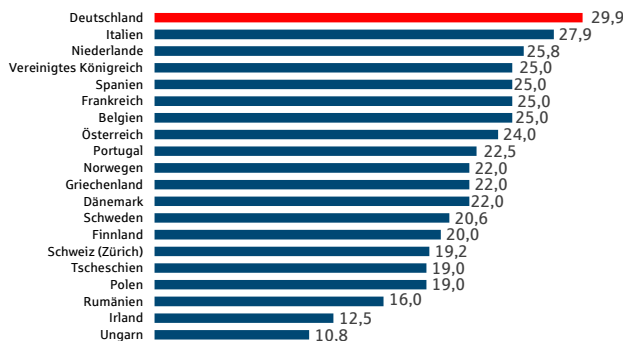
Deutschland die Gewinne der Kapitalgesellschaften am stärksten.

Bei Betrachtung der effektiven Steuerbelastung⁴ schneidet Deutschland ähnlich ab. So liegt die effektive Steuer-

belastung für Unternehmen etwa 10 Prozentpunkte über dem europäischen Durchschnitt. Weltweit belasteten nur Spanien und Japan die Unternehmen 2023 stärker.

Steuerlast für deutsche Unternehmen am größten

Besteuerung des Gewinns von Kapitalgesellschaften*, %



*Körperschaftsteuern, Gewerbeertragssteuern und vergleichbare andere Steuern des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften

Quellen: BMF, Helaba Research & Advisory

Absolut betrachtet hat sich an der Steuerlast deutscher Kapitalgesellschaften in den letzten Jahren wenig verändert, doch **da z.B. Frankreich und das Vereinigte Königreich ihre Körperschaftsteuersätze gesenkt** haben, verschlechterte sich die deutsche Standortattraktivität relativ zu diesen beiden Volkswirtschaften.

Neben Gewinnsteuern werden auch explizit die hohen Sozialabgaben als Schwäche für die deutsche Wettbewerbsfähigkeit aufgelistet. Die **Lohnnebenkosten der Arbeitgeber** machen laut dem Statistischen Bundesamt in Deutschland durchschnittlich etwas mehr als 23% der Bruttoarbeitskosten aus. Nicht nur im kommenden Jahr werden diese zunehmen. Auch in den Folgejahren ist mit Erhöhungen der Beitragsbemessungsgrenzen bei den Sozialversicherungen sowie weiteren Anstiegen der Beitragssätze zu rechnen. Diese Maßnahmen reduzieren nicht nur das Nettoeinkommen der Arbeitnehmer, sondern machen die Arbeitnehmer auch teurer für die Unternehmen.

Zwischenfazit

Durch eine **Senkung der Unternehmensbesteuerung auf insgesamt 25%** könnte sich Deutschland beispielsweise im **Mittelfeld der westeuropäischen Volkswirtschaften** positionieren und würde damit den Standort Deutschland spürbar attraktiver machen.

Energiekosten

Zunächst ist es einmal wichtig, die Bedeutung günstiger Energie für die deutsche Volkswirtschaft hervorzuheben. Unter den vier großen Volkswirtschaften der Eurozone hat **das Verarbeitende Gewerbe hierzulande mit etwa 20 % den größten Anteil an der Bruttowertschöpfung**. Danach folgt Italien mit 17 % und Frankreich und Spanien mit etwa 11 %. Die USA erwirtschaftet mit rund 10 % auch nur einen vergleichsweise geringen Anteil ihrer Wirtschaftsleistung in der Industrie. In China hingegen hat das Verarbeitende Gewerbe mit 26 % einen größeren Anteil an der Bruttowertschöpfung.

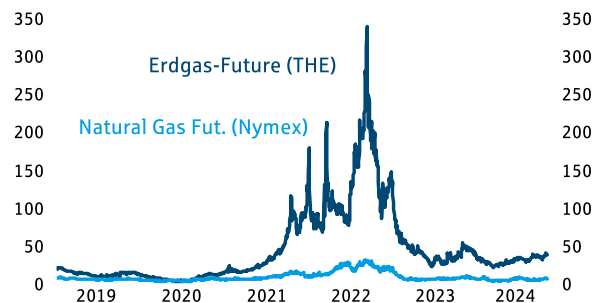
⁴ Das ZEW – Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung – ermittelt im Rahmen des „Mannheim Tax Index“ das effektive Steuerniveau von Unternehmen. Neben den relevanten Steuersätzen werden auch die Regeln zur Ermittlung der Bemessungsgrundlage berücksichtigt.

Im Rahmen der Energiekrise sind vor allem die **europäischen Preise für Erdgas** – und somit auch die Notierungen der Erdgas-Future – explodiert. Auch in den USA (Nymex) gab es hier einen Kursanstieg, doch dieser war nicht ansatzweise so ausgeprägt wie in Europa. Inzwischen haben sich die Preise zwar einigermaßen normalisiert, doch liegen sie weiterhin über dem Vorkrisenniveau. Europäische Nachfrager zahlen aktuell im Vergleich zu den Amerikanern mehr für Erdgas. Dies war zwar auch vor der Energiekrise der Fall, doch seitdem haben sich die Abstände sichtbar vergrößert. Hieraus hat sich der Wettbewerbsnachteil für europäische – und somit auch deutsche – Unternehmen, die Erdgas in ihren Produktionsprozessen verwenden, vergrößert. Damit verstärkt sich der Anreiz, Produktionsstätten beispielsweise in die USA zu verlagern oder zukünftige Investitionen dort zu tätigen.

Durch die explodierenden Gaspreise entstand 2022 auch ein **starker Anstieg der (Industrie-)Strompreise** in Deutschland. Während Frankreich hiervon größtenteils verschont blieb, erlitten die meisten europäischen Länder das gleiche Schicksal wie Deutschland. In Italien erreichten die Industriestrompreise in der Spitze sogar ein noch höheres Level als hierzulande. Seit 2022 ist in Deutschland, Spanien und Italien ein Rückgang der Industriestrompreise zu beobachten. Jedoch liegen diese für Unternehmen mit einem Jahresverbrauch von über 150 GWh in Deutschland und Italien aktuell (1. Halbjahr 2024) noch deutlich über dem Vorkrisenniveau. Zudem vergrößerte sich der Abstand zwischen den deutschen Industriestrompreisen und bspw. den französischen im Laufe der letzten vier Jahre deutlich.

Sichtbar teureres Erdgas in Europa

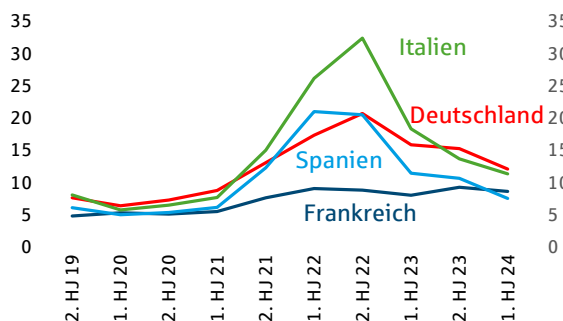
EUR/MWh



Quellen: LSEG, Helaba Research & Advisory

Industriestrompreis noch über Vorkrisenniveau

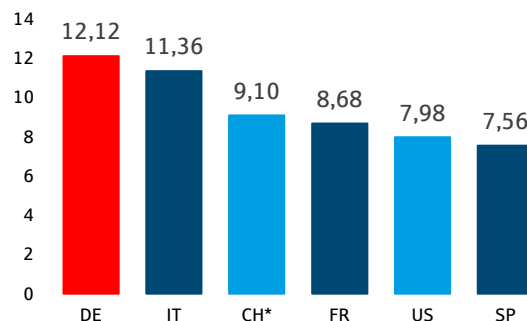
Strompreis für die Industrie in ct/kWh (abzgl. erstattungsfähige Steuern), Jahresverbrauch über 150 GWh



Quellen: Eurostat, Helaba Research & Advisory

Nachteil durch höheren Industriestrompreis

Strompreis für die Industrie in ct/kWh (abzgl. erstattungsfähige Steuern), Jahresverbrauch über 150 GWh, 1. HJ 2024



*die Werte für China wurden vom VCI in einer (nicht repräsentativen) Umfrage im 1. HJ 2023 erhoben.

Quellen: Eurostat, VCI, EIA, Helaba Research & Advisory

Unter den vier großen Volkswirtschaften der Eurozone zahlen die deutschen Industrieunternehmen zurzeit am meisten für Strom, doch bei Betrachtung aller europäischen Länder befindet sich Deutschland etwa im Mittelfeld. Im **Vergleich mit den USA und China** ist allerdings klar zu erkennen, dass die hiesigen Unternehmen mit einem hohen Stromverbrauch einen Standortnachteil haben. Der deutsche Industriestrompreis liegt aktuell gut 50 % über dem durchschnittlichen amerikanischen – in einigen US-Staaten ist der Unterschied zum deutschen Industriestrompreis noch größer. Dies war auch 2020 schon der Fall, doch auch hier vergrößerte sich der Nachteil durch die vergangene Energiekrise, sodass die deutsche Wettbewerbsfähigkeit mit Blick auf die Energiekosten nachgelassen hat.

Fazit

Um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu verbessern, ist es essentiell, die **Steuerlast der Unternehmen zu reduzieren und die Energiekosten zu senken**. Beide Faktoren beeinträchtigen die Standortattraktivität für Unternehmen maßgeblich. Jedoch lassen sich die hohen Energiekosten kurzfristig nur begrenzt ändern. Hier sind bereits Maßnahmen von der Bundesregierung ergriffen worden und weitere stehen an. Beispielsweise wurde die EEG-Umlage bereits abgeschafft und im Rahmen der Wachstumsinitiative wurden Maßnahmen vorgelegt, die die Netzkosten sowie die Stromsteuer für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes senken sollen. Um die Stromversorgung deutlich günstiger zu machen, sind jedoch umfassende Investitionen notwendig, die erst nach Jahren – wenn nicht Jahrzehnten – ihre Wirkung zeigen. Solche Investitionen müssen weiterhin ein Bestandteil der langfristigen Strategie zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sein.

Zunächst sollte der **Fokus aber auf der Reduktion der Bürokratie sowie der Steuerlast deutscher Unternehmen** liegen. Darauf kann die Politik unmittelbar Einfluss nehmen. Doch insbesondere für die Senkung der Unternehmenssteuern bedarf es dem politischen Willen und der Bereitschaft Ausgaben zu kürzen, um die Mindereinnahmen auszugleichen. Angesichts der schwindenden Wettbewerbsfähigkeit – und der damit verbundenen Risiken für die Standortsicherung und Arbeitsplätze – sollte dies absolute Priorität haben. Es ist Zeit für eine umfassende Angebotspolitik.



Hier können Sie sich für unsere Newsletter anmelden:

<https://news.helaba.de/research/>

Herausgeber und Redaktion

Helaba Research & Advisory

Redaktion:

Dr. Stefan Mütze

Verantwortlich:

Dr. Gertrud R. Traud

Chefvolkswirtin/

Head of Research & Advisory

Neue Mainzer Str. 52-58

60311 Frankfurt am Main

T +49 69 / 91 32 - 20

Internet: www.helaba.com

Disclaimer

Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.